

Kürzer arbeiten, besser leben

KOMMENTAR 38 Stunden oder weniger arbeiten

Unter den großen Industrienationen wird Deutschland gerne als Beispiel für Effizienz und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit genannt. Die Beschäftigten unseres Nachbarlandes sind wohl nicht die Europäer, die das Dolcefar niente erfunden haben, die das Leben in seiner ganzen Bandbreite am stärksten genießen: Zeit dafür hätten sie allerdings mehr als Italiener, Spanier, Griechen, Iren ...

Unsere deutschen Nachbarn, bei denen die Arbeitszeitoffensive der Gewerkschaften in den 70ern und 80ern zumindest teilweise gefruchtet hat, haben eine durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 1.681 Stunden; dies sind 18 Stunden weniger als der Durchschnitt in der gesamten Eurozone. Auf die Idee, behaupten zu wollen, dies schade der deutschen Wirtschaft, kommen wohl nur noch die abgebrühtesten und gierigsten Vertreter der



Robert Schneider
rschneider@tageblatt.lu

Arbeitgeberverbände. Spanier, Griechen, Iren und viele andere arbeiten weitaus länger, auch die Luxemburger (vgl. Statistik auf Seite 3). Ganze 124 Stunden (das sind mehr als drei gearbeitete Wochen) wird im Großherzogtum pro Arbeitnehmer und Jahr länger gearbeitet als in Deutschland, 85 Stunden länger als im Durchschnitt der EU.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist demnach hierzulande überfällig. Schade, dass dies der LSAP, die eine Verkürzung der Arbeitszeit nun im Wahlprogramm hat, nicht eher eingefallen ist.



Karikatur: Jürgen Tomicek

Refugees welcome?

EDITORIAL Die Flüchtlingsfrage in den Wahlprogrammen

Anders als in Steinfort und Mamer hat das Verwaltungsgericht den Rekurs der Bürgerinitiative gegen den Bau der Flüchtlingsunterkunft im Escher Neudorf zurückgewiesen. Das liegt einerseits daran, dass die Regierung in Esch/Alzette nicht den Weg eines „Plan d'occupation du sol“ (POS), sondern eine PAP-Prozedur gewählt hat. Andererseits stand der Escher Schöffenrat von Anfang an hinter dem Projekt.

Auch wenn die Dringlichkeit heute vielleicht nicht mehr so groß ist wie noch vor zwei oder drei Jahren, benötigt Luxemburg immer noch Unterkünfte für Geflüchtete. Trotz der eher unrühmlichen Versuche vieler EU-Staaten, Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten von Europa fernzuhalten, finden immer noch viele Menschen den Weg zu uns. Der Empfang und vor allem die Integration von Flüchtlingen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt wird demnach auch die nächste Regierung beschäftigen. Doch welche Lösungsansätze schlagen die einzelnen Parteien in ihren Wahlprogrammen für die sogenannte Flüchtlingsfrage vor? Die LSAP hat in ihrem Programm einen „Aktionsplan zur Integration von Asylberechtigten“ ausgearbeitet. In dem Aktionsplan finden sich durchaus interessante Ansätze wie die „Bündelung sämtlicher Kompetenzen“ in einem Ministerium mit getrennten Verwaltungen oder die Zugangserleichterung zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zur gesellschaftlichen Teilhabe, auch wenn konkrete Vorschläge, wie diese Erleichterung umgesetzt werden soll, noch weitgehend fehlen. Begrüßenswert ist, dass die LSAP Geflüchteten mehr Möglichkeiten bieten will, sich selbst zu organisieren, ihre Finanzen selbst zu verwalten, und ihnen das „Revis“ nicht mehr (nach zwölf Monaten) streichen will, wenn sie in Privathaushalten wohnen. Viele der Ansätze der LSAP sind auch im Wahlprogramm von „déi gréng“ zu finden. Sie fordern zwar kein eigenes Ministerium, wünschen sich aber einen „Guichet unique“ für Asylbewerber. Interessant ist auch die Idee zur Schaffung eines nationalen Quotensystems für die



Luc Laboulle
llaboulle@tageblatt.lu

Verteilung von Geflüchteten auf die Gemeinden. Noch weiter geht „déi Lénk“, deren Wahlprogramm zum Teil sehr konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Schutzsuchenden enthält. So fordert sie, die interne Hausordnung der Notunterkünfte zu überarbeiten, um den Bewohnern mehr Freiheiten zu ermöglichen, was ihnen nicht nur den Besuch von Sprachkursen, sondern auch die Arbeitsfindung erheblich erleichtern würde. Mit der Schaffung von staatlich subventionierten „Logements spécifiques“ für sozial schwache Haushalte, Studierende, behinderte Menschen und eben auch Flüchtlinge bietet „déi Lénk“ zudem als einzige Partei einen greifbaren Vorschlag zur Lösung der Wohnungsproblematik bei schutzbedürftigen Personen.

Weit weniger greifbar sind hingegen die Vorschläge der DP, die zwar künftig, ähnlich wie die LSAP, sämtliche Kompetenzen im Immigrationsministerium bündeln will, sich ansonsten aber auf die Weiterführung der von DP-Ministern begonnenen Programme beschränkt. Das Problem dabei ist, dass viele dieser Programme bislang nicht getroffen haben. Die CSV hat ihrerseits in den beiden bislang veröffentlichten Teilen ihres Wahlprogramms noch gar keine Vorschläge zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten formuliert. Daraus könnte man schließen, dass dieses Thema für die Christsozialen keine Priorität darstellt. Diese These untermauert auch die Tatsache, dass die CSV in den vergangenen Jahrzehnten kaum etwas in diesem Bereich unternommen hat, als sie noch in der Verantwortung war. Mit all den Folgen, die wir aus den vergangenen drei Jahren kennen.



Tageblatt.lu
LEITZBURG

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

OSNABRÜCKER
OZZEITUNG

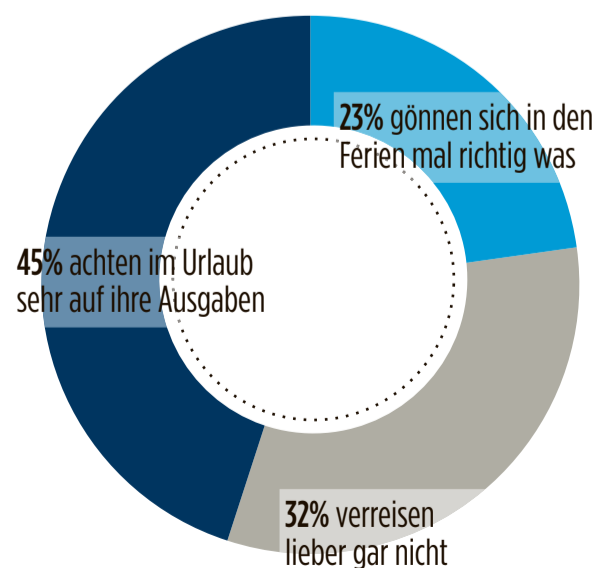
Reaktion Trumps

Zwar gibt es keine Beweise für Absprachen der Trump-Kampagne mit Moskau. Dafür wird der Präsident unter Eid der Lüge über die Schweigegeldzahlungen an seine Ex-Affären und des Verstoßes gegen Parteienfinanzierungsgesetze bezichtigt. In anderen Ländern würde das eine Regierungskrise auslösen. In den USA jubeln Trumps Anhänger ihrem Helden weiter zu, und seine verlotterte Partei wirft ihre letzten Prinzipien über Bord. (...) Wenn bei den Kongresswahlen im November die parlamentarische Mehrheit wechselt, sieht die Sache anders aus. Viel hängt von der Arbeit des Sonderermittlers Mueller und von Trump selbst ab: Sollte er seine Kumpel begnadigen, würde er seinen Gegnern mit der Justizbehinderung möglicherweise das entscheidende Argument für seinen Sturz liefern.

Gefährlich

US-Präsident Donald Trump hat Grund, nervös zu sein. Mit seinen Vertrauten Paul Manafort und Michael Cohen sind gleich zwei Ex-Mitarbeiter des Präsidenten schwerer Straftaten schuldig. Das zeigt, wie verlogen und durchtrieben das Trump'sche Umfeld ist. Gleichzeitig stärkt es die Glaubwürdigkeit der Ermittler, die die Russland-Affäre um Wahlkampfbeitrag im Kreise des Präsidenten untersuchen. Und das ist gefährlich für Trump. Sollte es den Demokraten gelingen, bei den Zwischenwahlen im November die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erringen, würden sie mit Freude ein Amtsenthebungsverfahren vorantreiben. Europäische Politiker mögen den Anfang vom Ende Trumps noch so sehr herbeisehnen, es wäre verfrüht. Schon als Immobilien-Tycoon hat der heutige Präsident in schwieriger Lage Steherqualität bewiesen. Zudem wird seine Politik noch in die Zukunft wirken.

DIE MEINUNG IN ZAHLEN



Auch im Urlaub sparen

Die Luxemburger geben laut einer Studie in der EU am meisten für ihren Urlaub aus. Wir haben die *Tageblatt.lu*-Leser gefragt: Sitzt das Geld bei Ihnen in den Ferien auch lockerer? „Auf keinen Fall!“, sagen 45 Prozent. Gerade im Urlaub würden horrenden Preise verlangt. 23 Prozent meinen dagegen: „Im Urlaub darf man sich auch mal was gönnen.“ 32 Prozent der Umfrageteilnehmer geben an, dass sie erst gar nicht in Urlaub fahren.

Heute unsere Frage:
Die LSAP will nach der Wahl die 38-Stunden-Woche in Luxemburg einführen (siehe Seite 3). Was halten Sie von der Idee?
Stimmen Sie auf www.tageblatt.lu ab!